



Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Wort Reform bedeutet heutzutage keine schrittweise Verbesserung sozialer Verhältnisse mehr, sondern häufig das Gegenteil – ihre Verschlechterung. Man muß dies aber nicht hinnehmen, weder die Orwellsche Umdeutung des Begriffs, noch die sich dahinter verbergenden Gesetzesvorhaben, Stichwort: Das geht besser.

Gesetzesvorhaben der Koalition müssen nicht zwangsläufig schief gehen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz beweist es. Was das Gesetz für die Betriebe bedeutet, behandelt ein weiterer Text. Ein anderer verweist auf eine handliche neue Broschüre für Vertrauensleute und solche, die es werden sollen.

Unsere Materialtipps:

Die aktuelle Ausgabe von *Gute Arbeit EXTRA*. Die Print-Ausgabe kann bei mari-na.steinhardt@igmetall.de bestellt werden. Die elektronische Version und mehr Infos gibt es auf der Internetseite der IG Metall unter Themen → Projekt „Gute Arbeit“.

Die CD *Toolbox Mitgliederentwicklung* wurde über die Verwaltungsstellen Ende Juli an alle Betriebe verschickt. Sie enthält eine Menge informativer Materialien zum Thema und bietet einen Überblick über Seminarkonzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliedermarketing, Musterbriefe usw.

Denn das geht besser! Aktionstag am 21. Oktober

Besser machen kann man, was die schwarz-rote Koalition an sogenannten Reformen plant: Gesundheitsreform, Rente mit 67, Unternehmenssteuerreform, Mindest- oder Kombilohn und die Novellierung von Hartz IV. Dieses Besser machen geschieht aber nicht von allein. Es bedarf zahlreicher Aktivitäten und kritischer Interventionen. Solche planen der DGB und die Einzelgewerkschaften. Höhepunkt soll der Aktionstag am 21. Oktober mit Demonstrationen in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Wiesbaden sein. Für diese Kundgebungen zu mobilisieren, sind unsere Vertrauensleute aufgerufen. Die Verwaltungsstellen der IG Metall bieten die nötige logistische und argumentative Unterstützung.

Das gute Wort Reform tendiert zum Unwort. **Beispiel Gesundheitsreform:** Der geplante Zusatzbeitrag bei den gesetzlichen Krankenkassen wird zu einer Jagd nach den Gutverdienenden führen. Die Not der Kassen mit einem hohen Anteil finanzschwacher Mitglieder wird durch den vorgesehenen Gesundheitsbeitrag noch vergrößert. Nutznießer werden die Arbeitgeber sein. Die heute schon aufgebrochene Parität zwischen ihnen und den Versicherten wird langfristig weiter zuungunsten der letzteren beschädigt.

Beispiel Rente mit 67: Wenn künftig alle bis 67 arbeiten sollen, bietet der Arbeitsmarkt immer weniger Chancen für die Jugendlichen. Die einen werden dann bis zur Entkräftung berufstätig bleiben und die beruflichen Chancen für die Jugend dadurch noch mehr verknappen. Generationensolidarität? Ein Schildbürgerstreich!

Beispiel Unternehmenssteuerreform: Die Kapitalseite realisiert gegenwärtig Rekordgewinne. Um das scheue Reh ‚Kapital‘ nicht zu verjagen, soll ihm aber eine noch fettere Weide geboten werden. Das Kabinett plant, die Arbeitgeber noch einmal steuerlich zu entlasten. Jährliche Steuerausfälle von 5 Mill. Euro werden geschätzt. Zugleich verarmen ganze Sektoren, die in der Obhut des Staates liegen und von ihm zu finanzieren sind. So ist der Bildungssektor marode, im wörtlichen und übertragenen Sinn. Putz bröckelt von den Schulwänden; der Anteil der Arbeiterkinder an den Gymnasien sinkt wieder und liegt bei 14 Prozent. Eine universitäre Ausbildung wird sich künftig nur leisten können, wem gut betuchte Eltern unter die Arme greifen.

All dies nicht hinzunehmen und für Reformen zu streiten, die den Namen wirklich verdienen, ist der Zweck des Aktionstags. Denn: Das geht besser – aber nicht von allein!

Zum Download:

Kampagnen-Logo *Das geht besser* (PDF)

Broschüre *Soziale Politik? Das geht besser*. (PDF)

Foliensatz *Gewerkschaftliche Alternativen zu schwarz-rotem Sozialabbau* (Powerpoint)

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Im Sommerloch passiert doch etwas: Der Bundestag hat das AGG endlich verabschiedet – trotz aller Unkenrufe, es sei zu bürokratisch, ein Standortnachteil usw. Solange aber Benachteiligungen Alltag für viele sind, braucht es eben auch Gesetze, die gegensteuern.

Worauf Vertrauensleute achten sollten: Der Arbeitgeber muss im Betrieb über das Gesetz informieren und er muss Stellen festlegen, wo betroffene Arbeitnehmer/innen sich beschweren können oder Hilfe finden. Dazu wird sinnvollerweise eine Betriebsvereinbarung gemacht. Benachteiligende Bestimmungen in Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen sind unwirksam. Den § 75 Abs. 1 BetrVG (Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen) hat der Gesetzgeber neu formuliert. Darüber hinaus ist es ohnehin Aufgabe des Betriebsrates darüber zu wachen, dass Gesetze eingehalten werden und Arbeitnehmer/innen nicht benachteiligt werden. Betriebsräte oder die im Betrieb vertretene Gewerkschaft können bei groben Verstößen gegen das Gesetz eine Unterlassungsklage gegen den Arbeitgeber veranlassen.

Vertrauensleute sind auch hier nah dran. Sie kriegen eher mit, wenn Arbeitnehmer/innen sich benachteiligt fühlen. Sie können sie beraten und über das neue Gesetz informieren. Sie können mit dem Betriebsrat zusammen darauf hinwirken, dass Benachteiligungen beseitigt werden. Das Thema eignet sich, um z.B. in einer Vertrauensleutesitzung darüber zu informieren.

Alle notwendigen Informationen (gute DGB-Broschüre, Gesetzestext, Präsentationen) gibt's im Extranet unter Themen → Gleichstellung → Gleichbehandlungsgesetz

Kleine Arbeitshilfe für Vertrauensleute

Eine kleine Arbeitshilfe für Neugewählte bietet das zuständige Ressort beim Vorstand seit Mitte des Jahres an. Sie ist im handlichen DIN A 6-Format gestaltet und gibt eine knappe, gute Übersicht über die Rechte, Aufgaben und Spielräume der Vertrauensleute. Die Broschüre macht mit der Satzung und den Richtlinien vertraut. Sie klärt über die Rolle auf, die man mit diesem Ehrenamt annimmt. Damit beseitigt sie ein Stück Unsicherheit und klärt die Frage „Was kommt da auf mich zu?“.

Stichwortartig werden einzelne Themen umrissen: Der Tarifvertrag und seine Umsetzung, die Betriebsversammlung und ihre Vorbereitung, die Mitgliederwerbung und zugehörige Werbestrategien, die Öffentlichkeitsarbeit und begleitende kulturelle Präsentationen. Grafiken verdeutlichen den Aufbau der IG Metall auf der Betriebs- und der Bundesebene. Ein Rückblick auf die Entstehungsgeschichte gewerkschaftlicher Organisationsbildung beschließt die Broschüre, die sich als PDF-Datei hier anschauen lässt.

Die Printversion kann über die Verwaltungsstellen bestellt werden (Bestellnummer: 1673-13889).

Arbeitshilfe *Nah' dran und kompetent* (PDF).

